

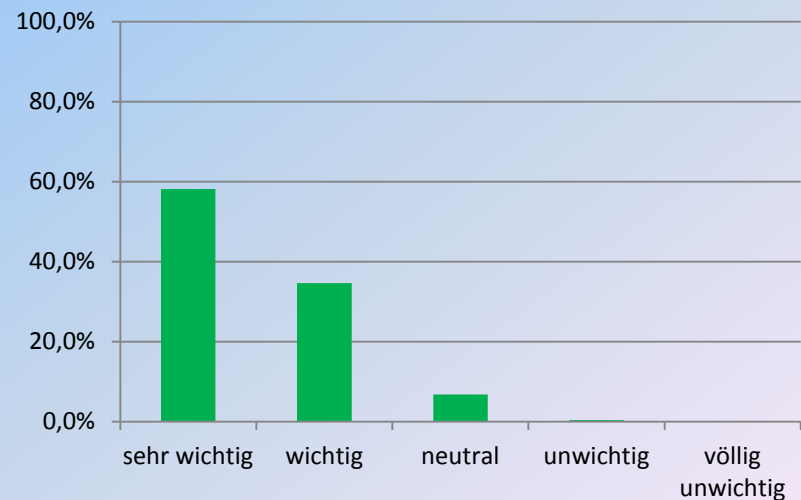
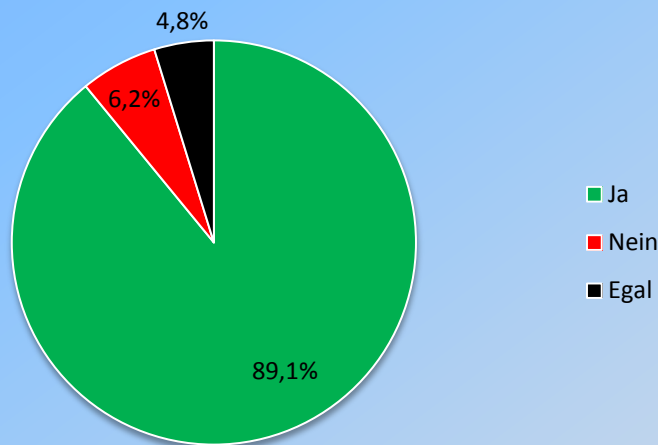
Mitgliederbefragung zur Europawahl 2014

Finale Gesamtauswertung vom 01.03.2014

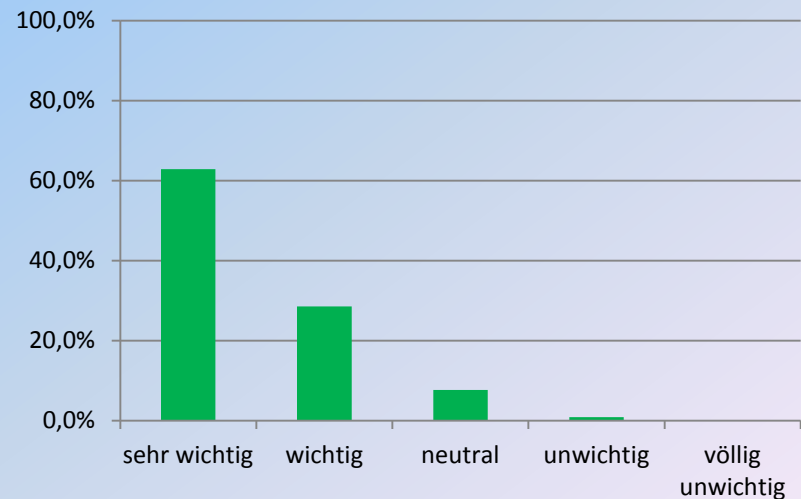
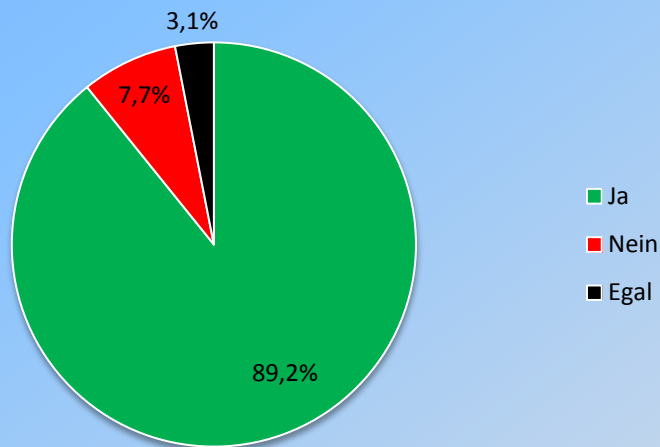
Teilnehmerzahl: 4409

Abschnitt 3

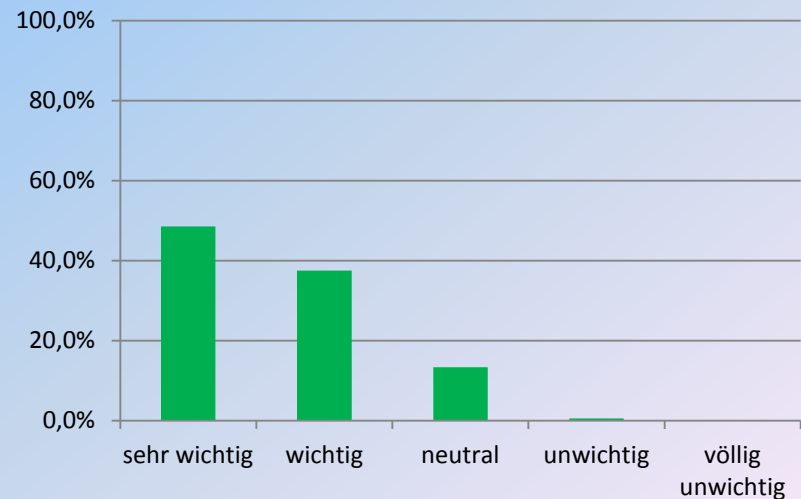
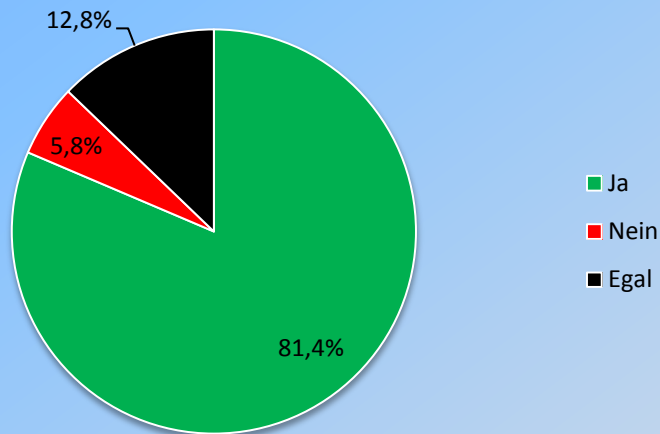
Für europäische Banken wird eine verpflichtende Eigenkapitalquote von mindestens 25% vorgeschrieben, damit die Steuerzahler keine Banken mehr retten müssen. Bei der Ermittlung der Quote sollen die Anlagen entsprechend ihrer Risikoklassen gewichtet werden. Hedgefonds und „Schattenbanken“ sind mit einzubeziehen. Geschäftsbanken müssen ihr Risiko-Management-Modell den Aufsichtsbehörden vorlegen, neue Finanzprodukte bedürfen einer Genehmigung. Verstöße des Bank-Managements gegen die Regeln müssen zivil- und strafrechtliche Konsequenzen haben. Diese Regeln stärken unmissverständlich die Verantwortlichkeit der Eigentümer und Manager der Banken.



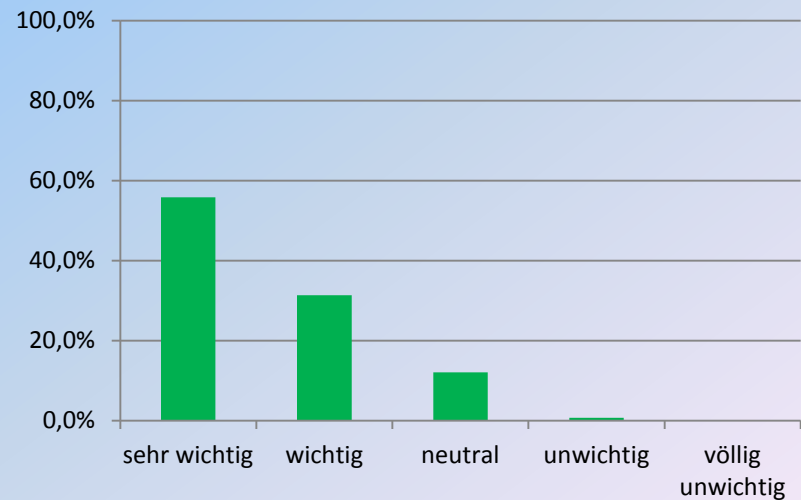
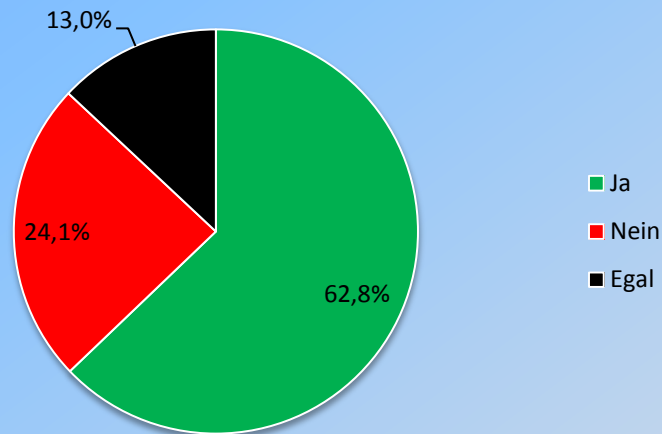
Es ist unerträglich, dass Bankmanager im Erfolgsfall hohe Boni kassieren, im Verlustfall aber ungeschoren davon kommen. Die AfD fordert, die Bonuszahlungen für Banker zunächst auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Die Freigabe soll erst nach fünf Jahren möglich sein. Bis dahin kann die Bank sie zurückrufen. So wird verhindert, dass nicht Geschäfte belohnt werden, die sich später als verlustbringend erweisen. Bankvorstände, die Verantwortung für den Zusammenbruch einer Bank tragen, dürfen keine Abfindungen erhalten. Bei schuldhaftem Verhalten müssen sie weitere gravierende – auch strafrechtliche - Konsequenzen tragen.



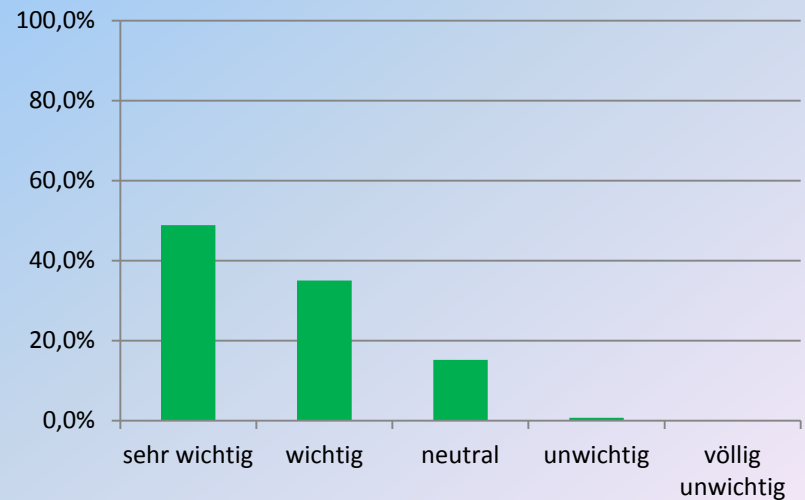
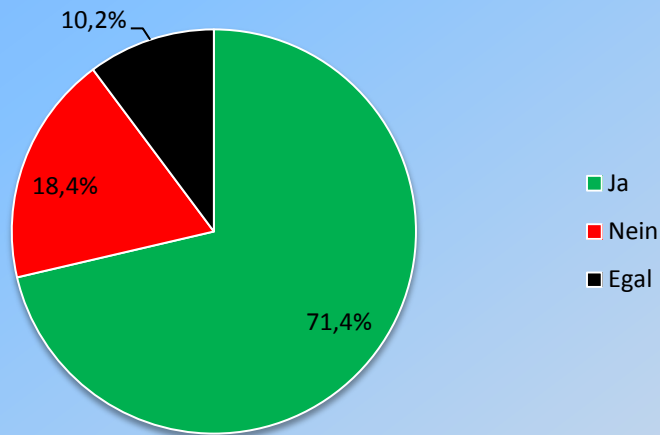
Wir fordern ein bilanzielles Trennbankensystem. Banken müssen getrennte Bilanzen für ihr Einlagengeschäft und ihr Investmentgeschäft ausweisen. Beide Sparten müssen getrennte Regulierungsanforderungen erfüllen. Die Aktiva der Investmentsparte haften für die Passiva der Einlagensparte, falls erforderlich. Die Aktiva der Einlagensparte haften nicht für die Passiva der Investmentsparte, es sei denn die Eigenkapitalquote des Einlagengeschäfts ist übererfüllt.



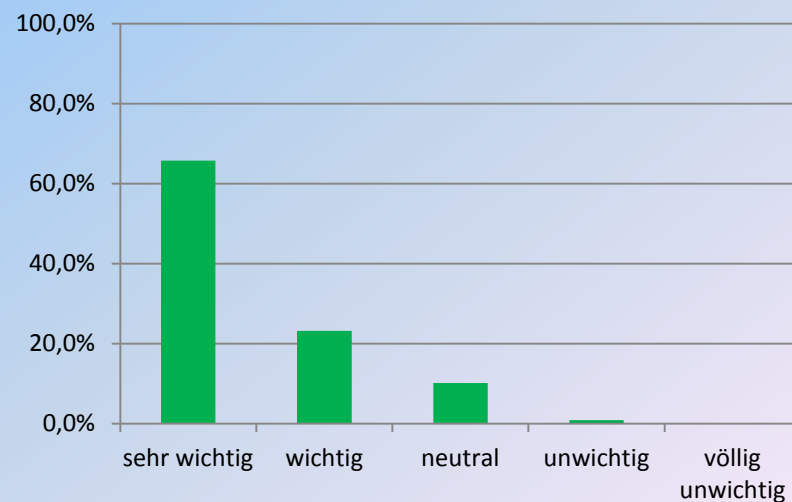
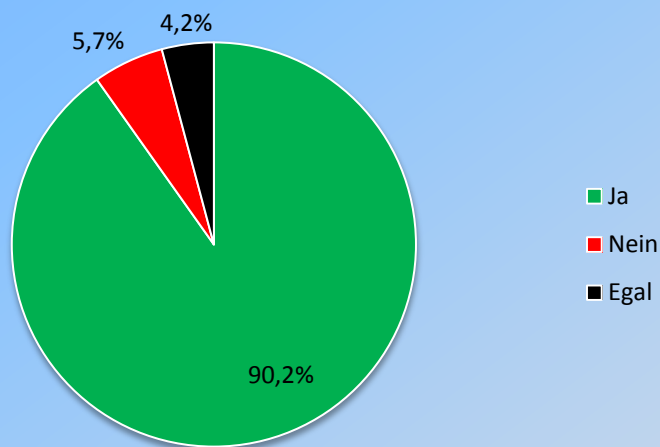
Systemrelevante Banken werden in kleinere Institute aufgespalten, um ihnen ihr Erpressungspotential zu nehmen.



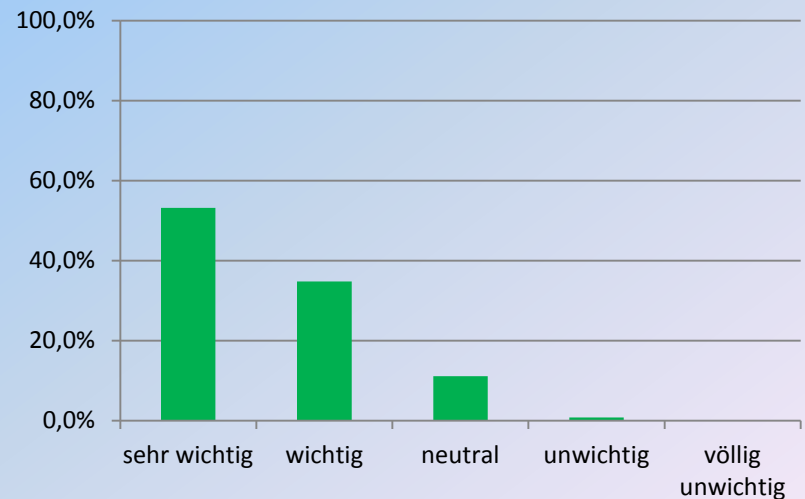
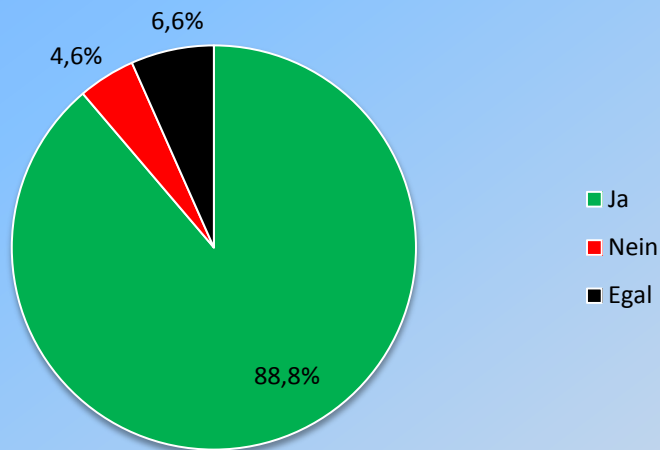
Strikte Wettbewerbskontrolle. Banken, die beim Missbrauch von Marktmacht ertappt werden wie z. B. bei den LIBOR-Manipulationen, sind in kleinere Institute aufzuspalten.



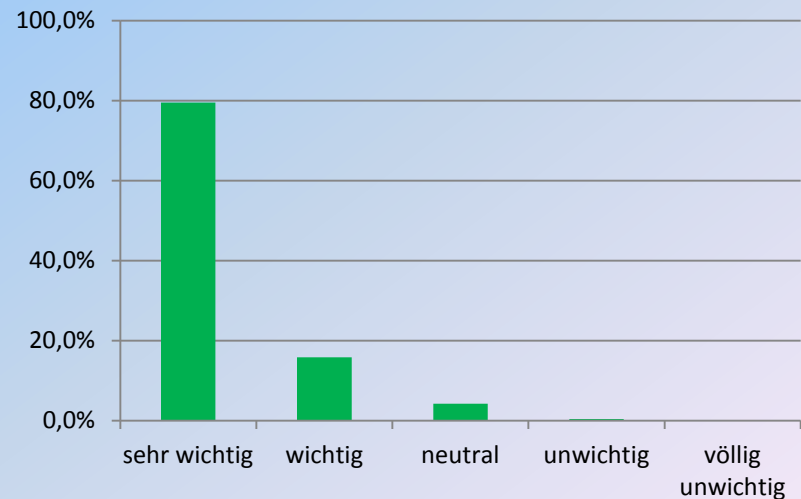
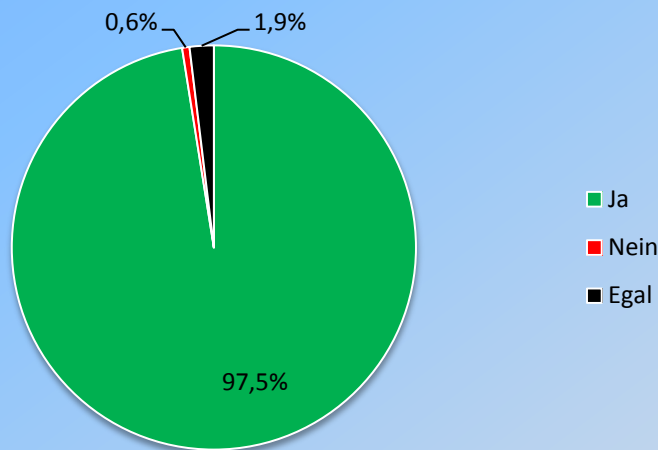
Zur Freiheit des Denkens und der Meinung gehörte immer auch die Freiheit, sich kritisch mit ethisch-moralischen Fragen und Religionen auseinander zu setzen. Das muss auch künftig so bleiben. Deshalb lehnt die AfD jeden Versuch der EU ab, bestimmte Weltanschauungen oder Religionen zu bevorzugen oder zu benachteiligen.



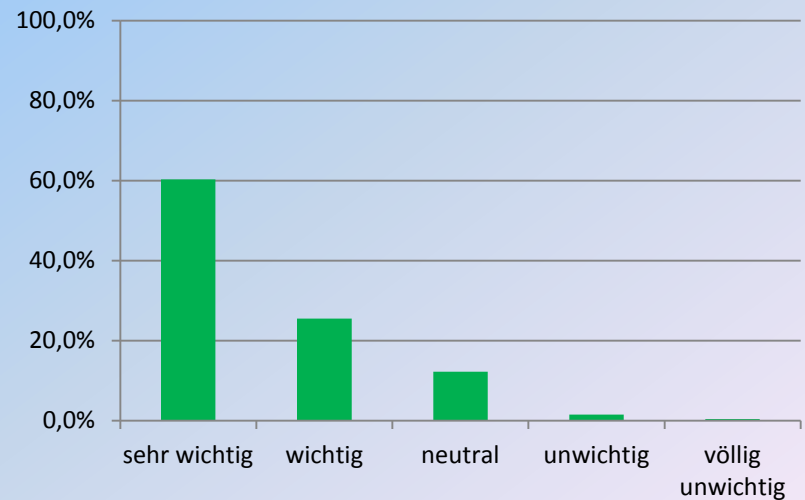
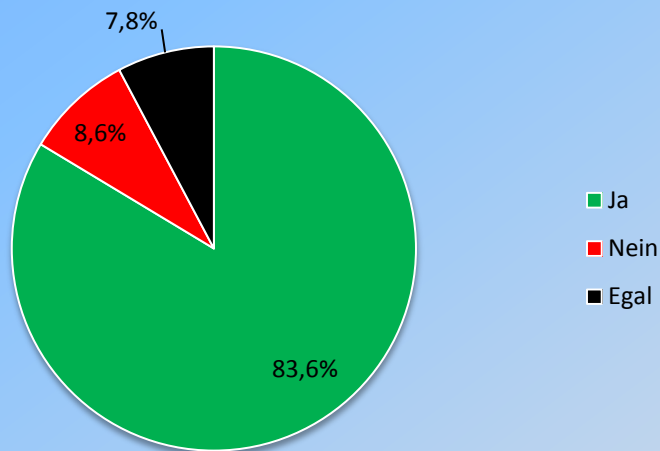
Wir fordern mehr Rechte für den Europäischen Rechnungshof. Die bei der Kontrolle der Haushaltsführung der EU festgestellten Mängel müssen umgehend abgestellt werden und wirksame Konsequenzen für die verantwortlichen Personen haben.



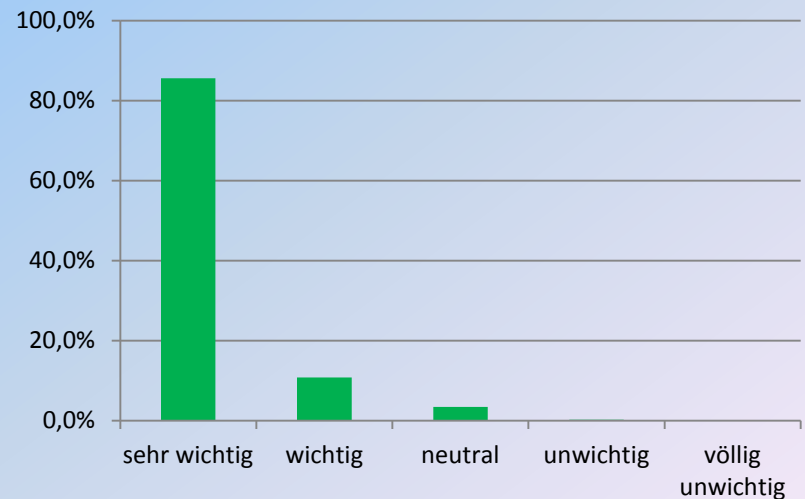
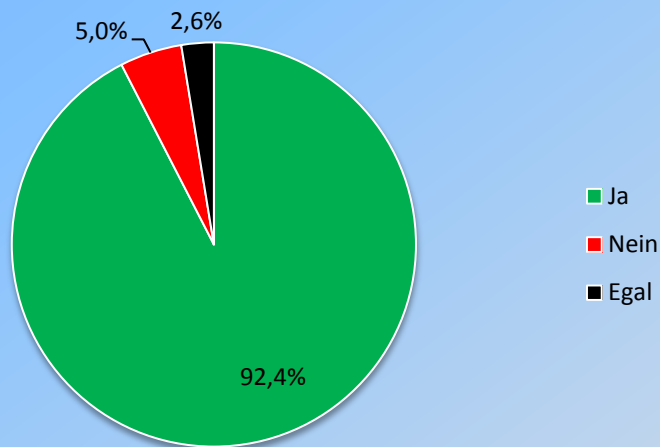
Der massive und wiederholte Bruch von Verträgen und geltendem Recht hat das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Europäischen Union, aber auch in die Politik im Allgemeinen, zerstört. Die Alternative für Deutschland fordert, den Rechtsstaat uneingeschränkt zu achten. Staatliche Organe dürfen sich selbst in Einzelfällen nicht über Gesetze und Verträge hinwegsetzen. Vielmehr sind diese nach ihrem Buchstaben und nach ihrem Geist zu respektieren.



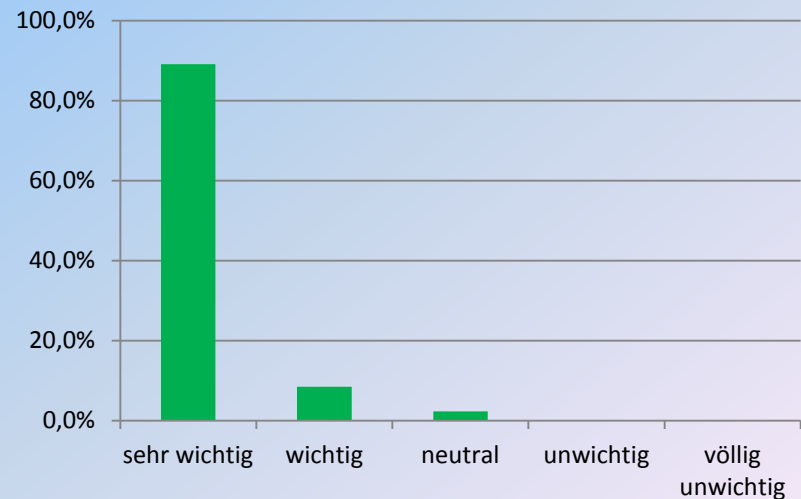
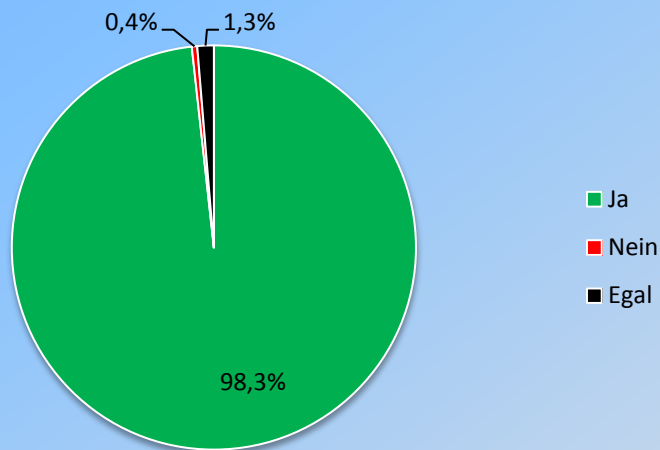
Das Handeln jeder deutschen Regierung findet seine Beschränkungen im Völkerrecht, im Grundgesetz und in den Europäischen Verträgen. Diese sind für unsere Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung und strikt zu befolgen.



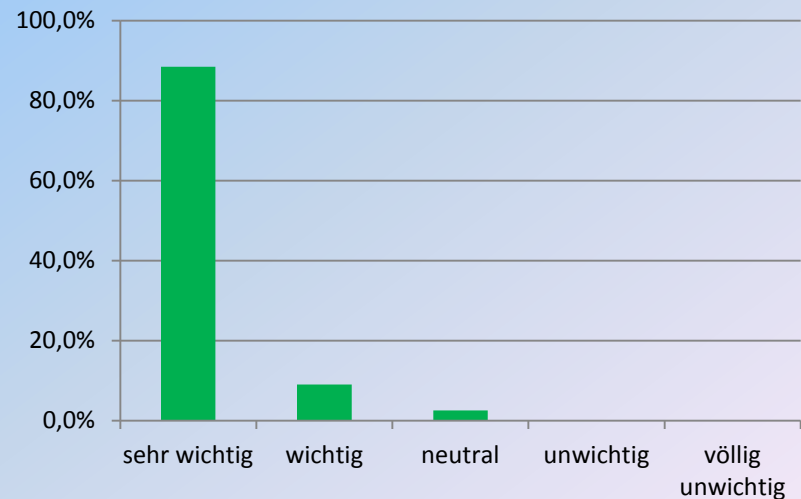
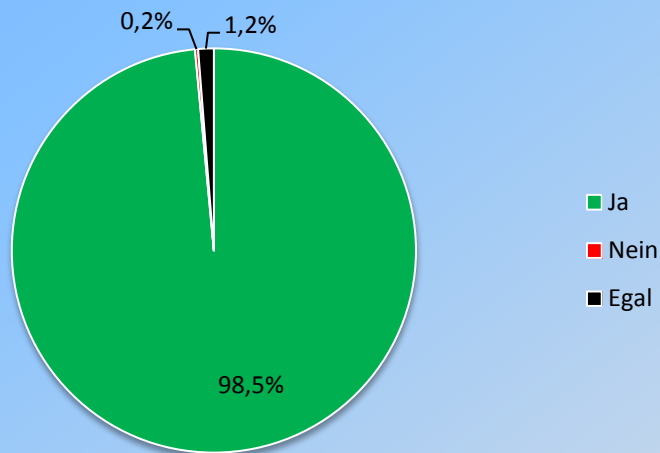
Wir fordern eine Volksabstimmung über den Vertrags von Lissabon. Dieser stellt einen Angriff auf die Souveränität der Einzelstaaten dar. Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass EU-Richtlinien und Gesetze über deutschem Recht und dem Grundgesetz stehen.



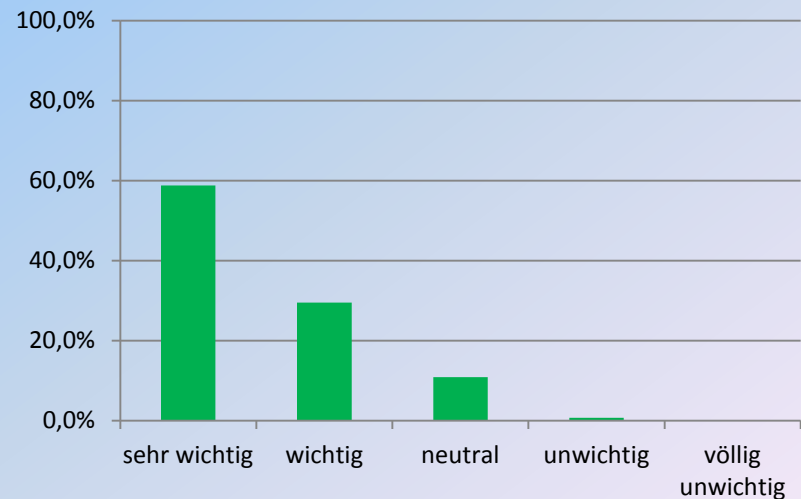
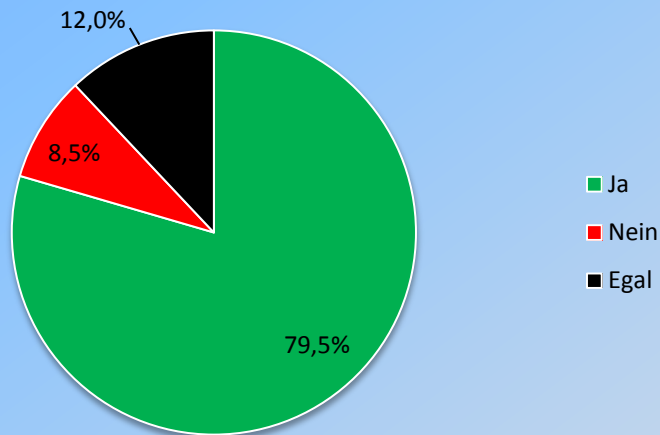
Wir verurteilen den verfassungswidrigen ESM-Vertrag. Insbesondere folgende schwerwiegende Verstöße gegen das Demokratieprinzip sind hier zu nennen: Die Möglichkeit der Finanzierung des ESM durch die EZB, die unbeschränkte Zahlungsverpflichtung Deutschlands und der Haftungs-Automatismus, durch den der deutsche Steuerzahler letztlich für die Schulden aufzukommen hat, die andere Länder machen, ohne dass das deutsche Parlament darauf Einfluss hätte.



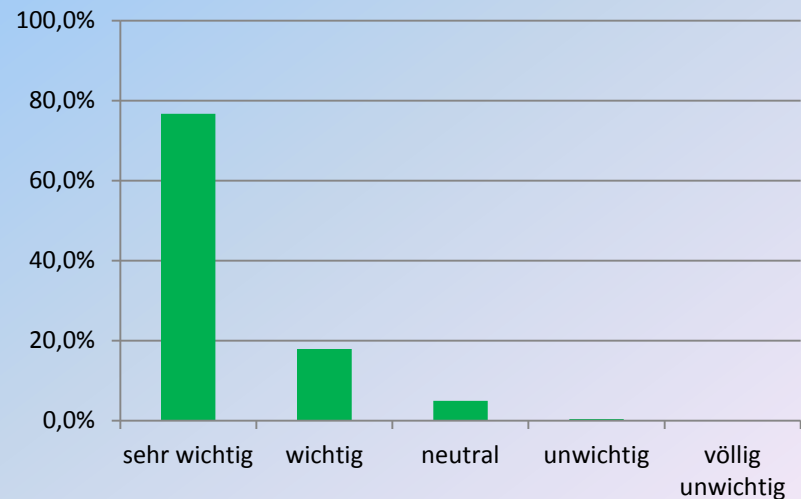
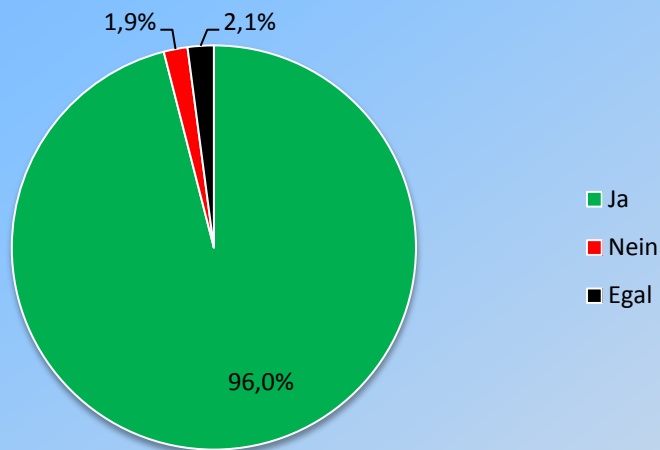
Wir fordern eine strikte Einhaltung der No-Bailout-Klausel des Art. 125 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Den massiven Vertragsbruch durch Rettungsschirme, Stabilisierungsmaßnahmen und ausdrücklich verbotene Ankäufe von Staatsanleihen verurteilen wir aufs Schärfste. Der Gleichmut, mit dem deutsche Politiker hier den Wohlstand Deutschlands riskieren, ist für uns nicht akzeptabel.



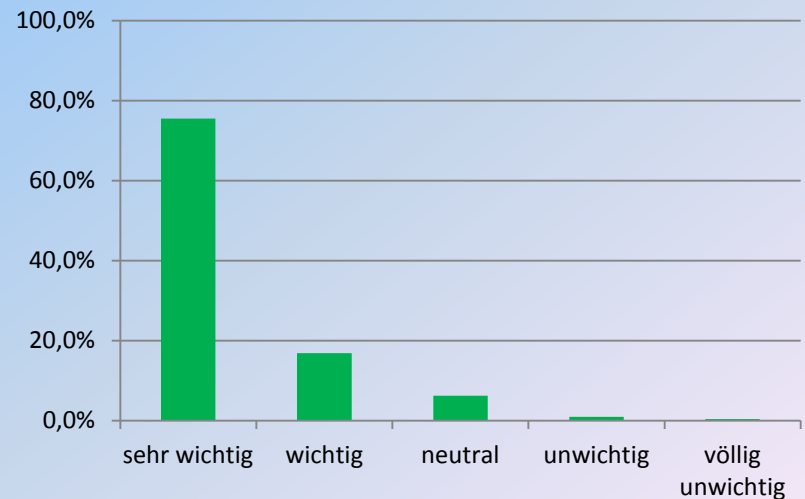
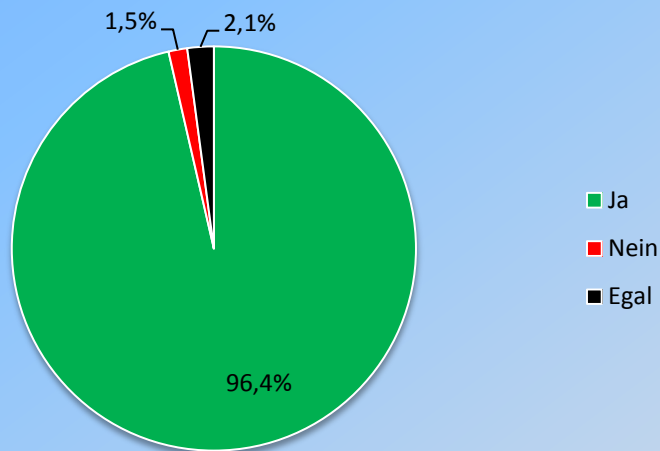
Kein Kommissionspräsident ohne Demokratie. Wir rufen alle Parteien im EU-Parlament dazu auf, solange keinen Kommissionspräsidenten zu wählen, wie dieser nicht zusagt, dass das EUParlament Kontrollrechte gegenüber ESM und Bankenunion eingeräumt bekommt.



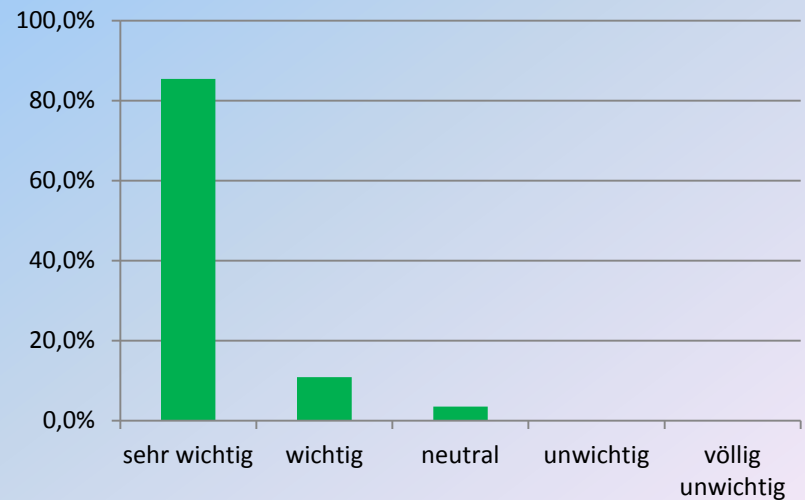
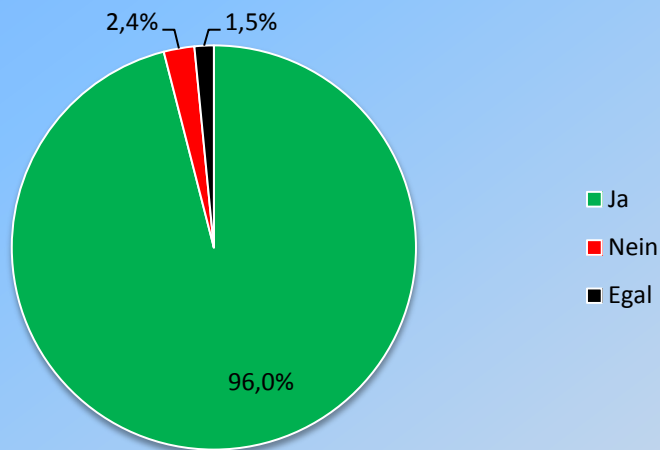
Ein Umbau Europas nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika würde weder der ausdifferenzierten Geschichte der Länder noch dem Zugehörigkeitsgefühl der Menschen gerecht. Die AfD will eine Europäische Gemeinschaft der friedenssichernden Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Kooperation, aber keine EU der anmaßenden Zentralisierung und Schwächung der individuellen Stärken der Mitgliedsstaaten. Die AfD will diesen mittleren Weg im europäischen Konsens beschreiten. Ziel ist ein starkes und einiges Europa der Vaterländer, das selbstbewusst im Konzert der Großen mitspielt.



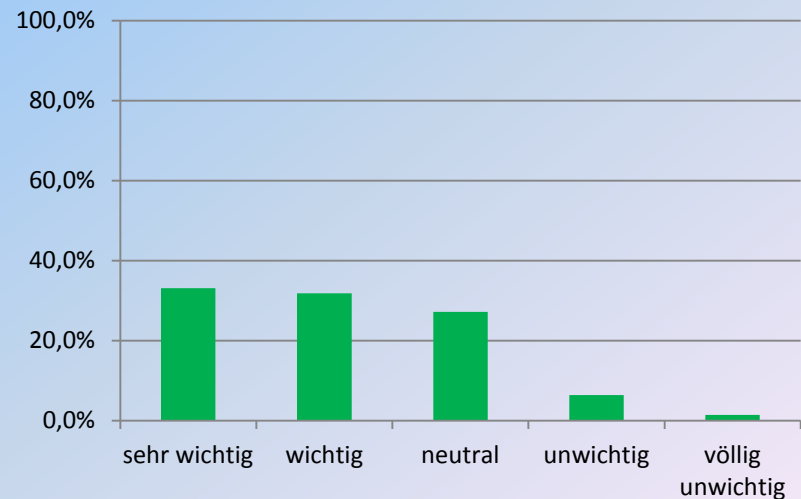
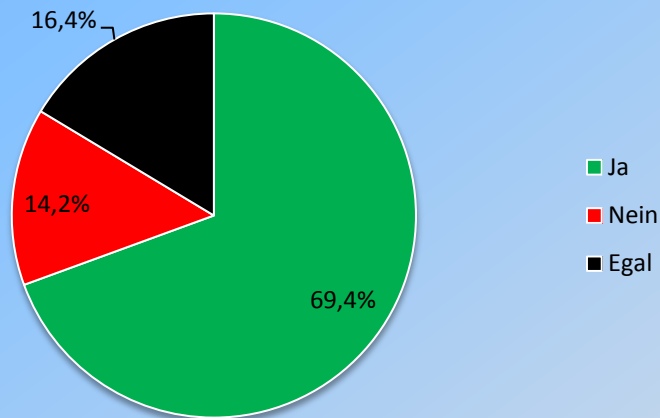
Die AfD bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur europäischen Rechtskultur. Außerhalb der Anwendung des Internationalen Privatrechts durch nationale Gerichte lehnen wir die Scharia als "Paralleljustiz" ab. Das Recht auf freie Religionsausübung gilt nicht schrankenlos und ist begrenzt durch die Gesetze des Staates und den ordre public.



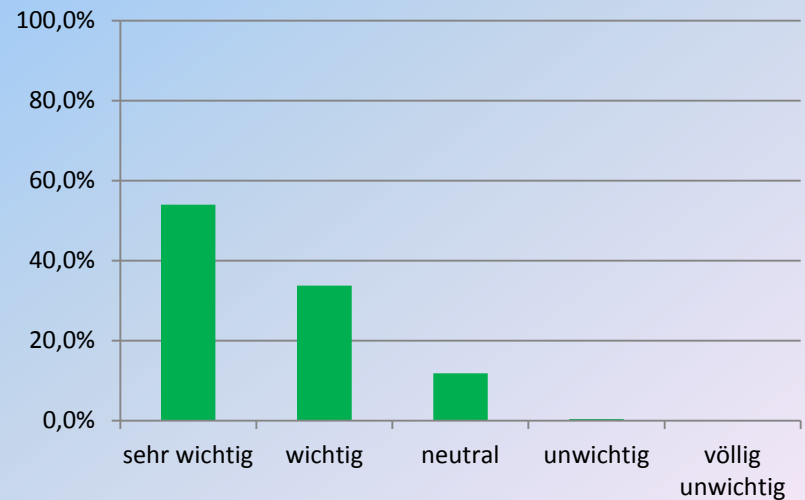
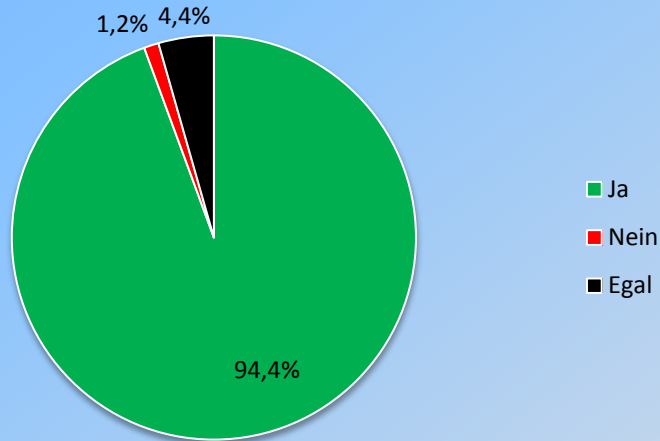
Mit den von der AfD für Deutschland geforderten Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild wollen wir den Bürgern die Möglichkeit geben, über die wichtigen Entscheidungen der EU, z.B. über die Zukunft des Euro, selbst zu bestimmen.



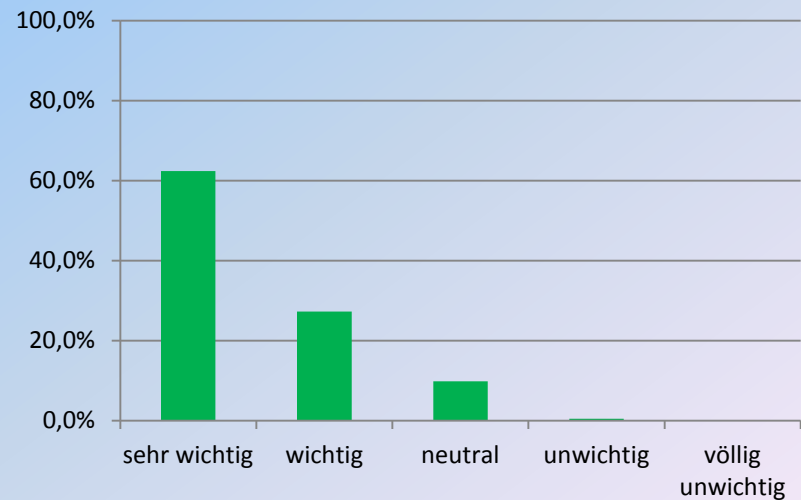
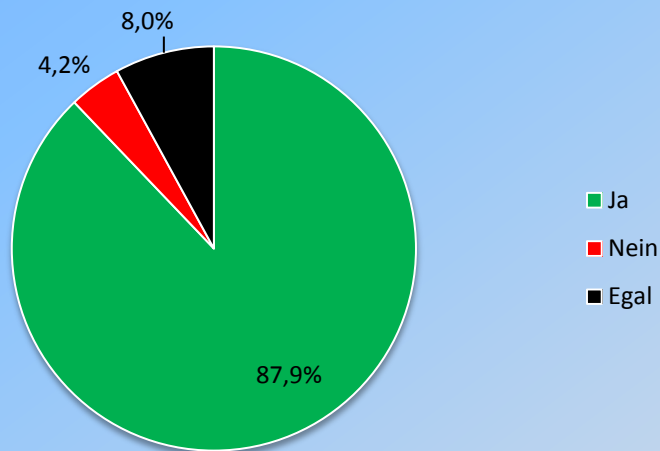
Die jährlich zweimalige Zeitumstellung schafft mehr Probleme als dass sie Nutzen bringt. Wir wollen diese unsinnige Gängelei der EU-Bürokratie beenden. Aufgrund der bestehenden Vorteile schlagen wir für Deutschland die ganzjährige Verwendung der sogenannten "Sommerzeit" vor.



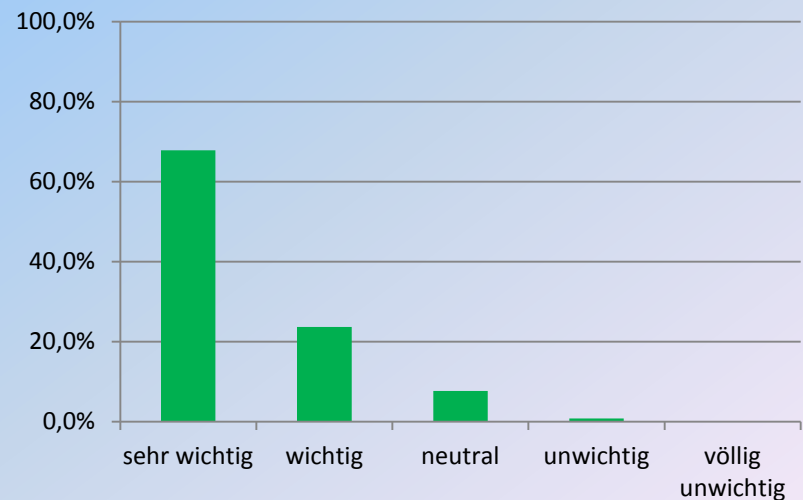
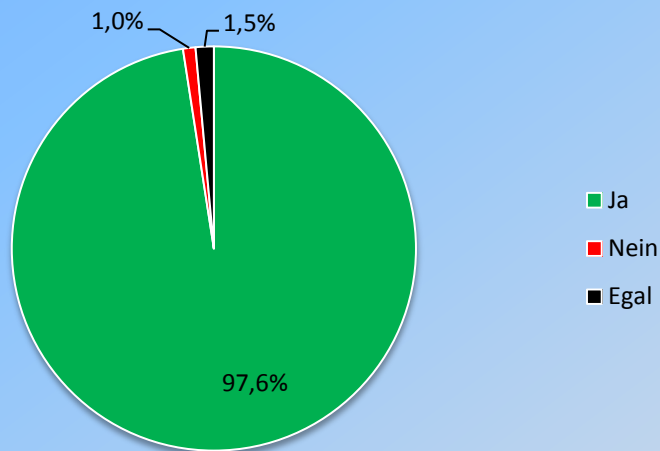
Wir fordern eine deutliche Senkung der Ausgaben des EU-Haushalts. Die AfD lehnt das System der bedarfsunabhängigen Budgetsteigerung der EU entsprechend dem Wirtschaftswachstum der EU-Staaten ab.



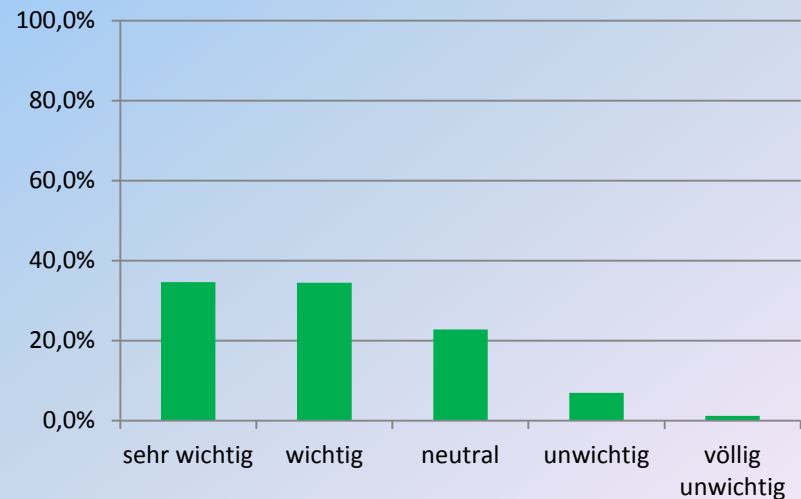
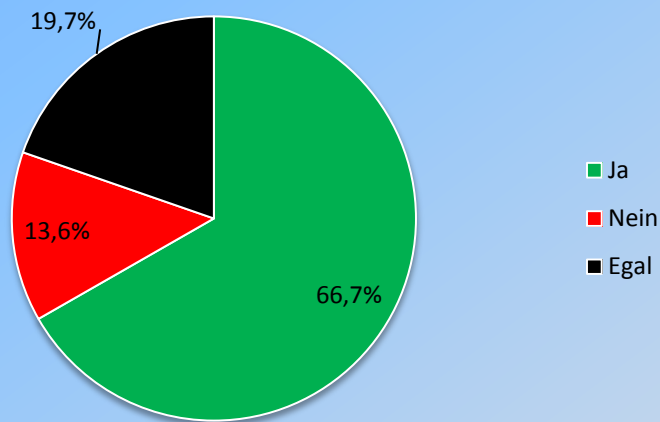
Wir fordern ein Vetorecht der Nettozahler im neuen Entscheidungsverfahren des Rates der EU ab 2017 um Entscheidungen gegen den Willen belasteter Staaten auszuschließen.



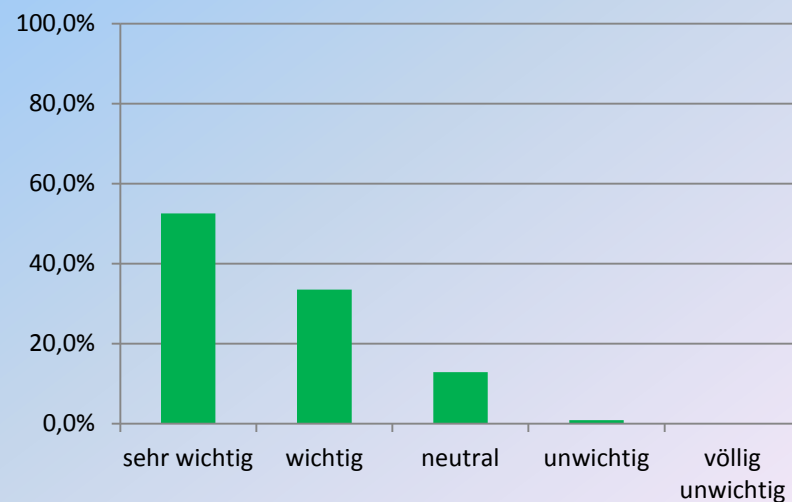
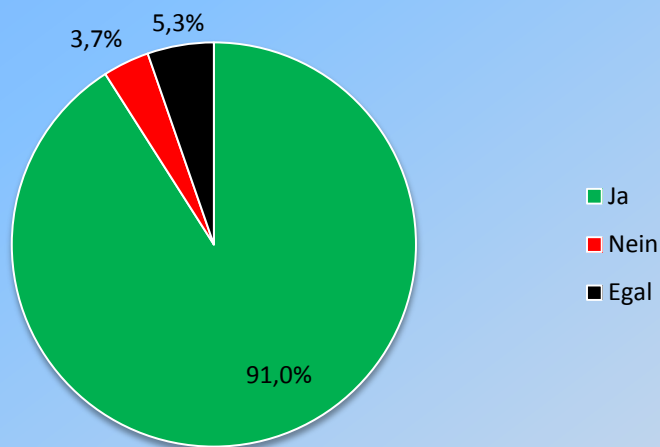
Die AfD verurteilt die maßlosen Begünstigungen und Einkommen der EU-Beamten, Abgeordneten, Richter und anderen EU-Amtsträger. Die unzähligen diffusen Privilegien aus Gehältern, Versorgungen, Spesenzahlungen, unüberschaubaren Zusatzverdiensten und illegitimen Steuervergünstigungen müssen auf ein vertretbares Maß reduziert und transparent gemacht werden. Mitarbeiter der EU sind, unabhängig von ihrem Status, zu besteuern wie jeder andere Bürger auch.



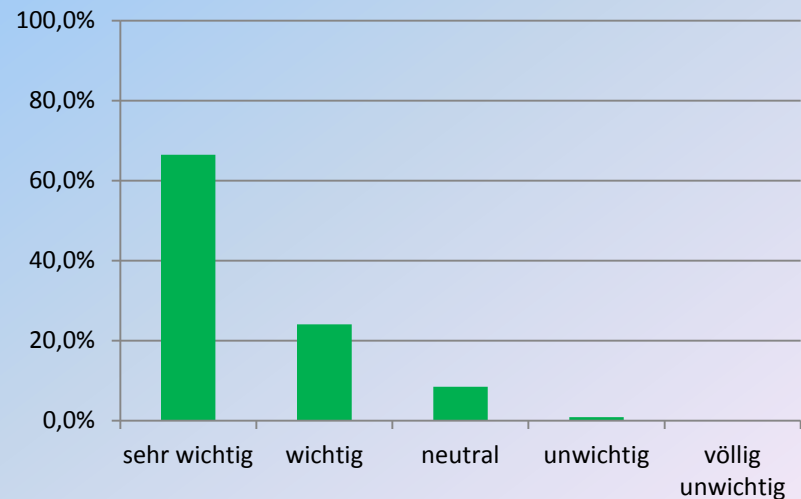
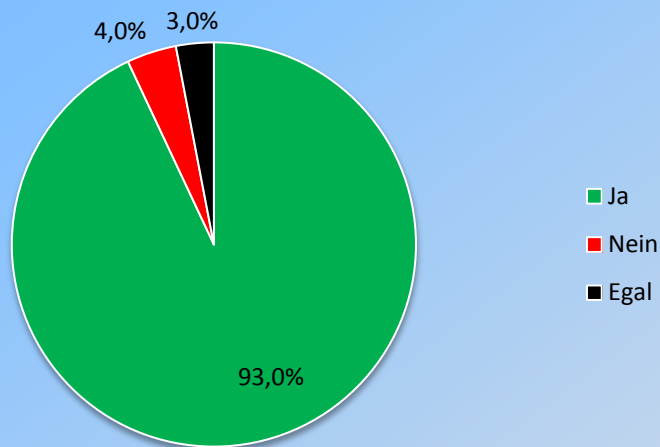
Die schleichende Europäisierung des öffentlichen Lebens lehnen wir ab. Deshalb fordern wir, auf Symbole der EU an, in und auf öffentlichen Gebäuden, in denen ausschließlich öffentliche Aufgaben der Bundesrepublik Deutschland oder der Bundesländer ausgeübt werden, zu verzichten.



Die Kontrolle der EU-Außengrenzen betrachten wir als elementar um eine unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten zu verhindern. Wir fordern, dass die Unterstützung der Mittelmeer-Anrainer Afrikas bei der Bekämpfung der Schlepper-Kriminalität ausgeweitet wird und sich dabei nicht nur auf Schulung und Training der Behörden vor Ort beschränkt.

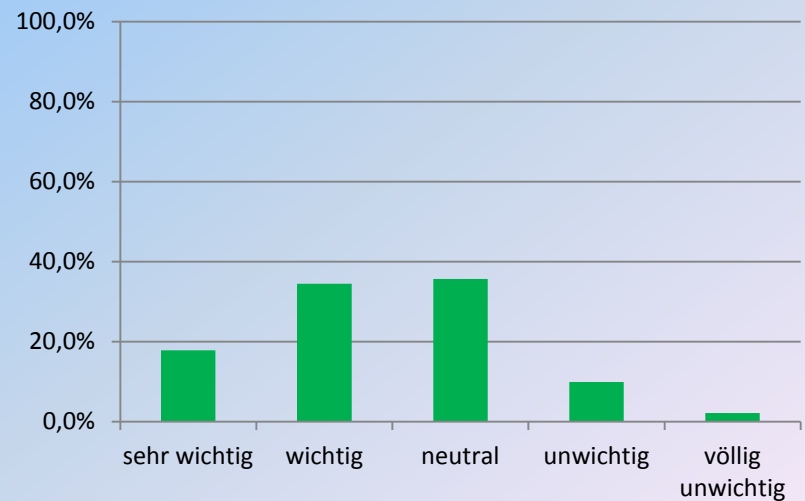
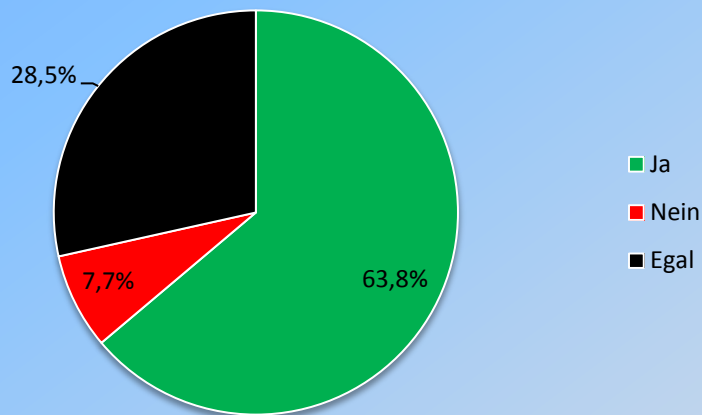


Die AfD lehnt jede weltanschauliche, religiöse, ideologische und politische Beeinflussung in Schule und Lehrmaterial durch EU-Institutionen bzw. staatliche Institutionen ab. Die schülerorientierte Vermittlung von Fakten und Zusammenhängen steht im Zentrum der Lehre

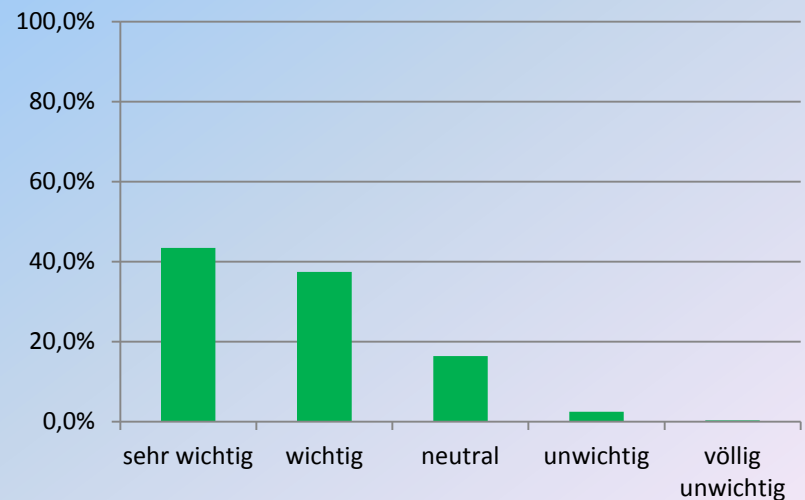
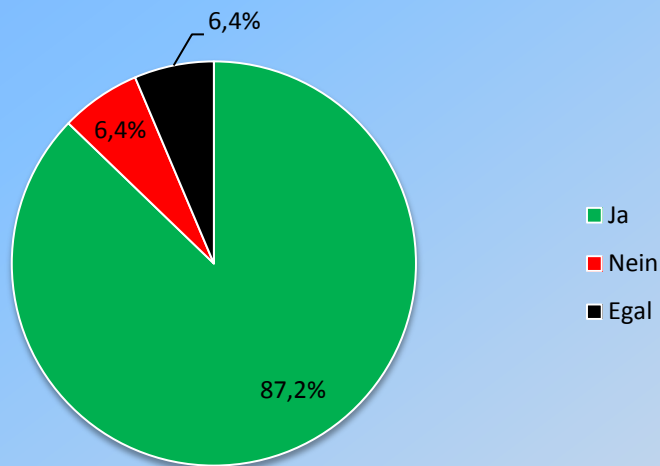


Wichtigkeitswerte für JA

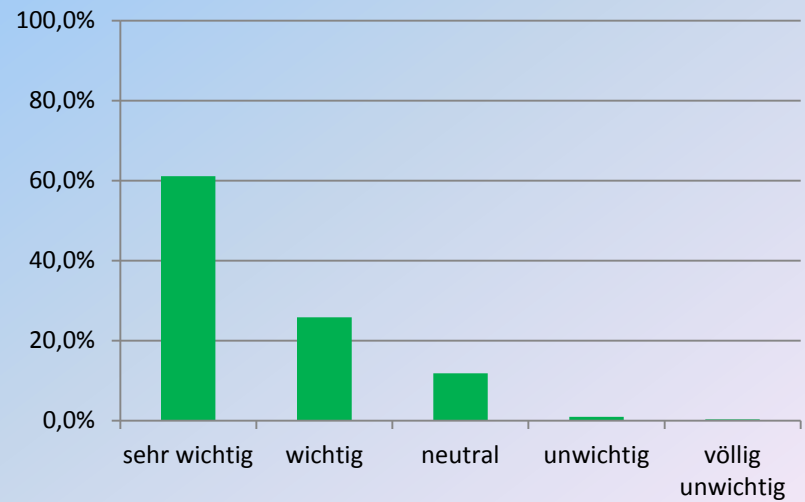
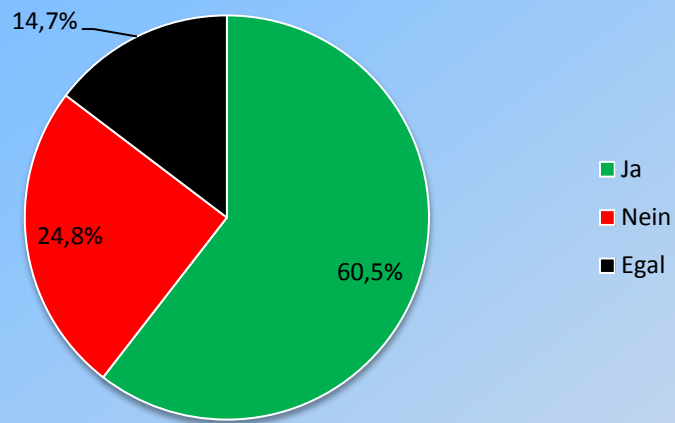
Die AfD setzt sich für eine bessere Information behindertter und alter Menschen bzgl. Der Barrierefreiheit von Reisezielen und -wegen in Europa ein.



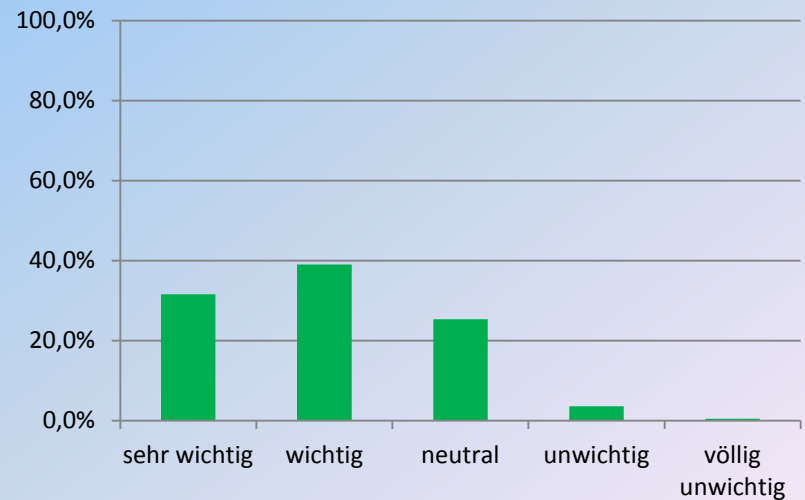
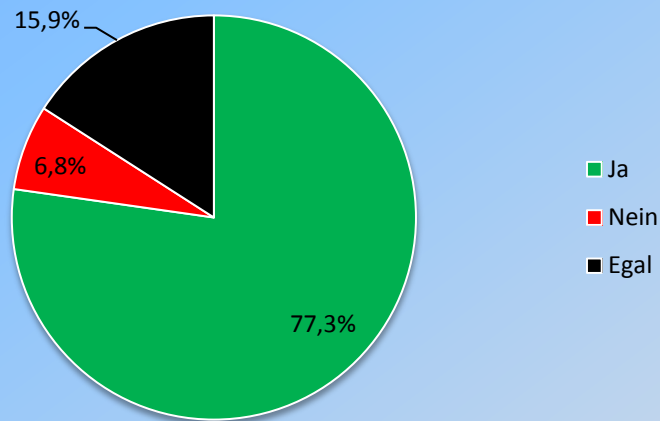
Die Begrenztheit von Rohstoffen, speziell auch bei fossilen Energieträgern, ist unbestritten. Die AfD setzt sich für Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit insbesondere mit Rücksicht auf kommende Generationen ein.



Die AfD befürwortet ein Verbot von Fracking.

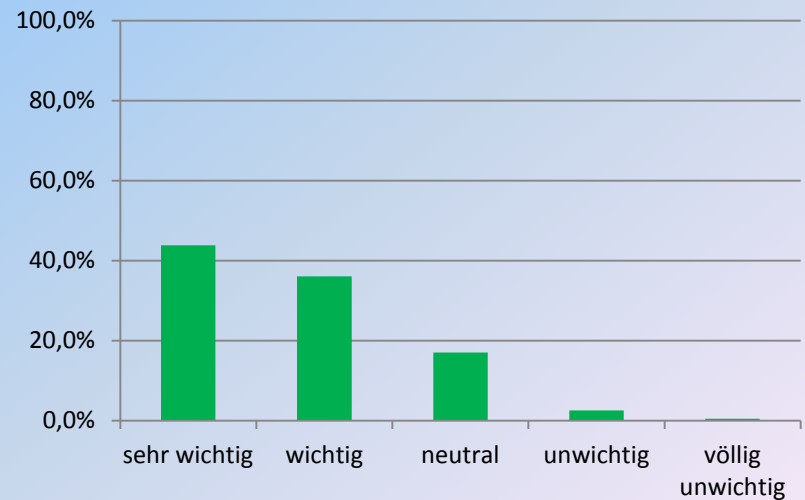
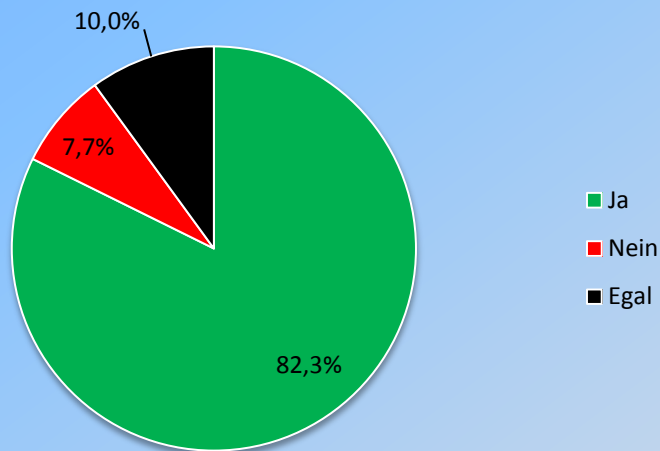


Die EU wird aufgefordert die bestehenden Fischereiabkommen dahingehend zu revidieren, dass die Überfischung der afrikanischen Küsten durch europäische Fischer verhindert wird.

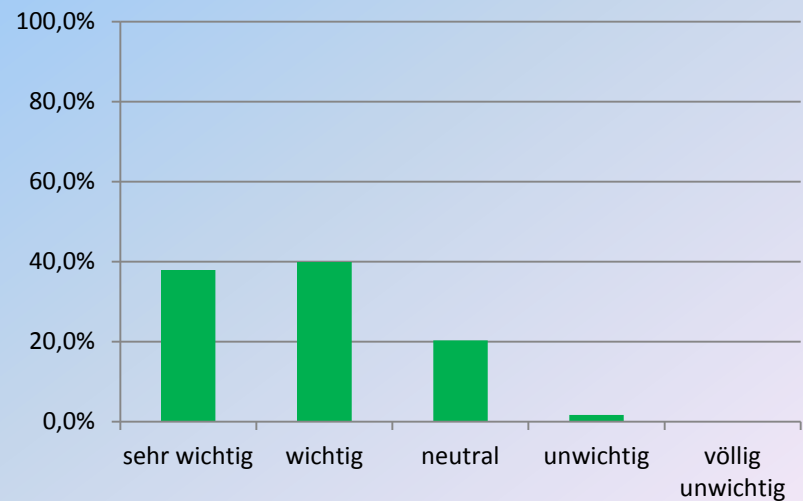
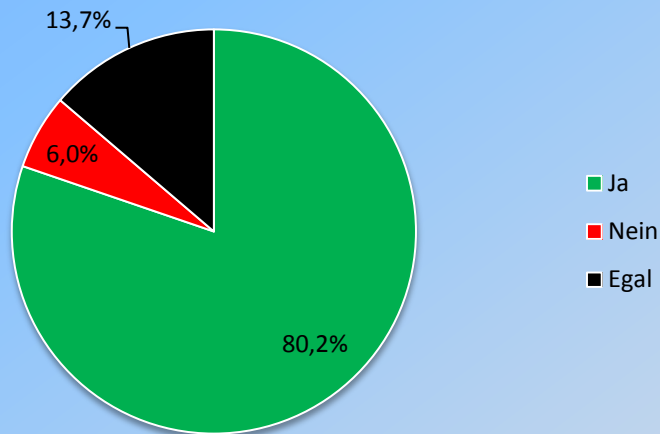


Wichtigkeitswerte für JA

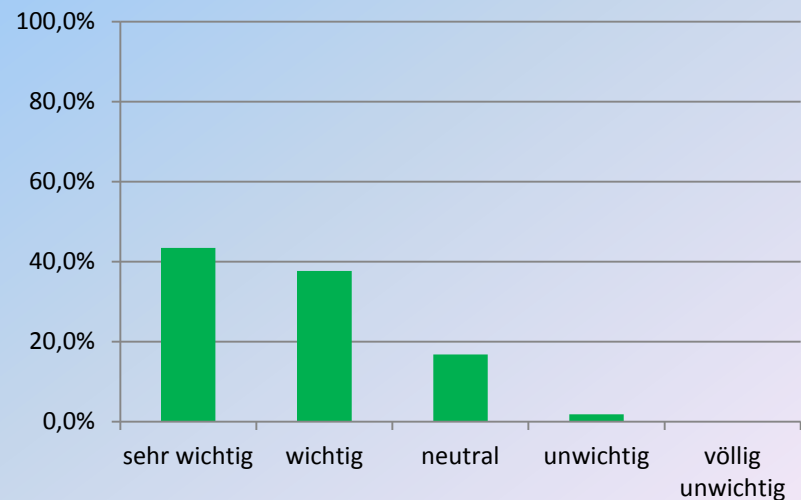
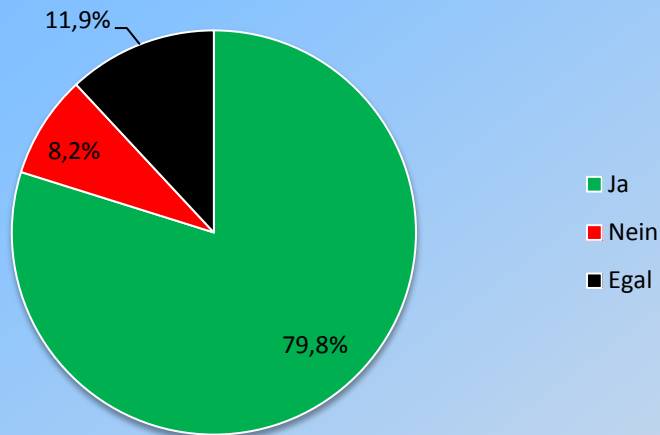
Wir fordern ein einfaches verbraucherfreundliches Kennzeichnungssystem zur Beurteilung von Lebensmitteln.



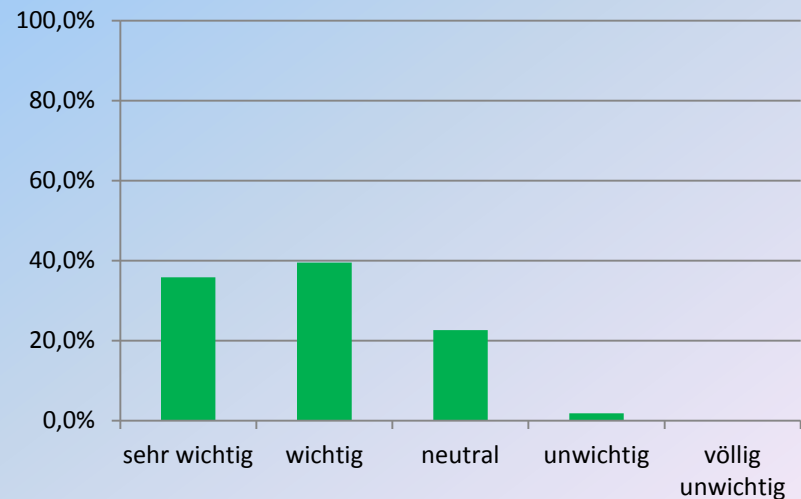
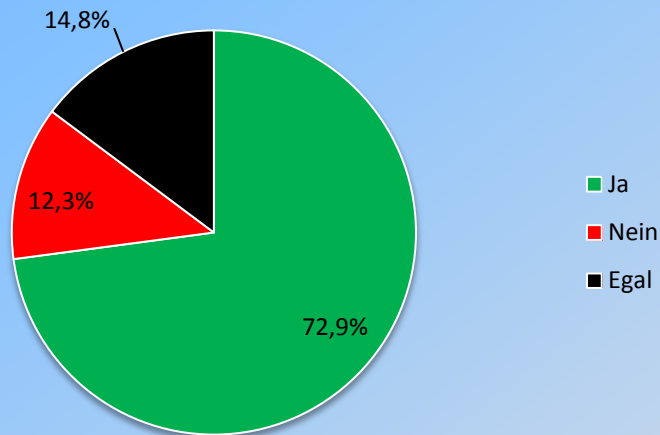
Aus EU-Mitteln geförderte Infrastrukturprojekte sind ausnahmslos durch den Europäischen Rechnungshof begleitend zu überwachen.



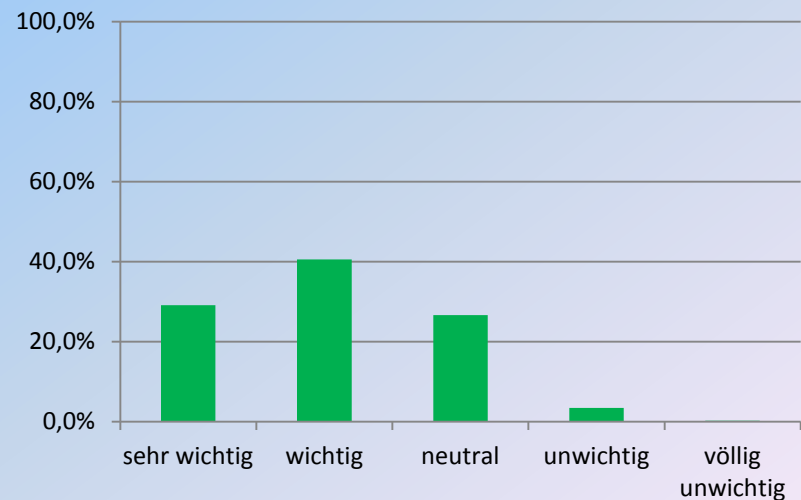
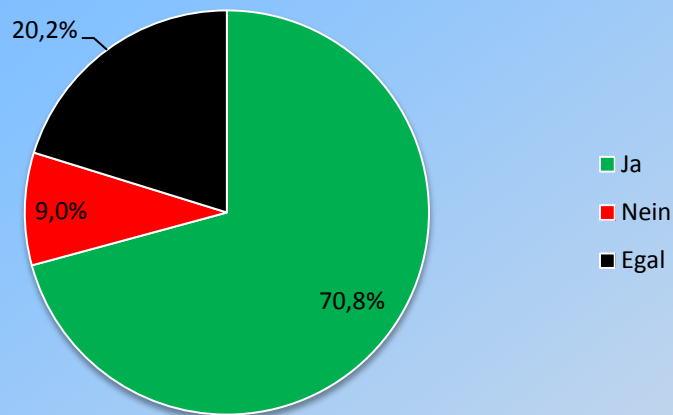
Wir fordern die nachweisbare Löschung kommerziell gespeicherter personenbezogener Daten spätestens sechs Monate nach Abschluss der letzten Geschäftsbeziehung bzw. die Reduzierung des Datensatzes auf das gesetzlich evtl. vorgeschriebene Mindestmaß, wenn der Dateninhaber einer weiteren Datenspeicherung nicht regelmäßig vollinformiert, schriftlich und nachweislich zustimmt.



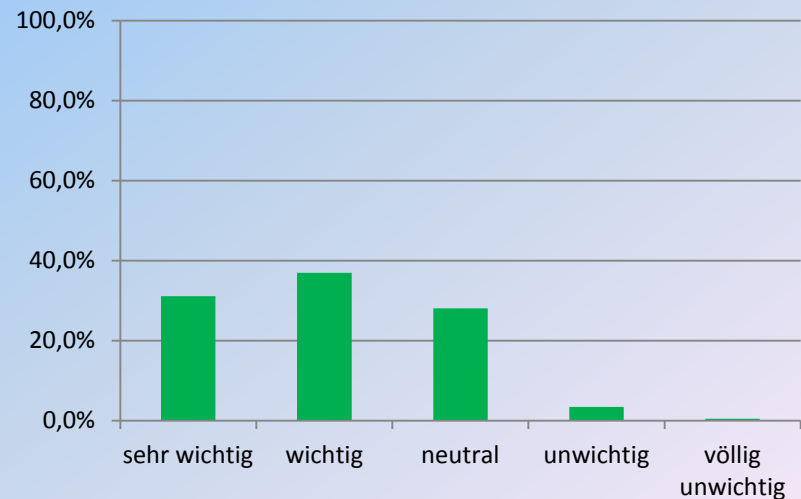
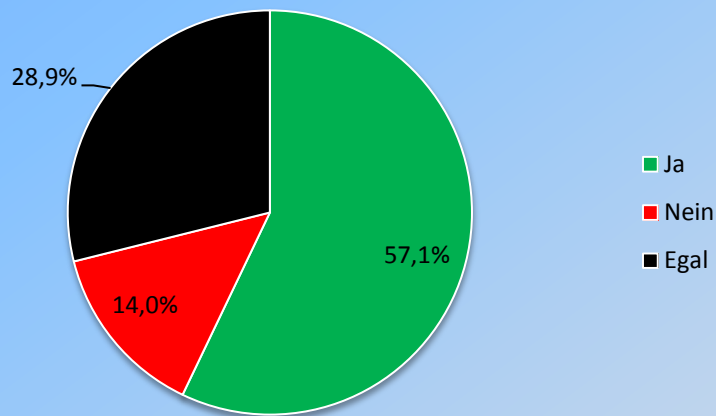
Die AfD setzt sich ein für verschärfte Haftungsregelung für Firmen im Falle des fahrlässigen Verlusts oder der vorsätzlichen Offenbarung personenbezogener Kundendaten an Dritte. Hier sollen die bestehenden Konsequenzen über Schadensersatzansprüche auch bis zur Freiheitsstrafe erweitert werden. Zur Durchsetzung fordern wir eine Ausstattung der Datenschutzbeauftragten mit exekutiven Kompetenzen.



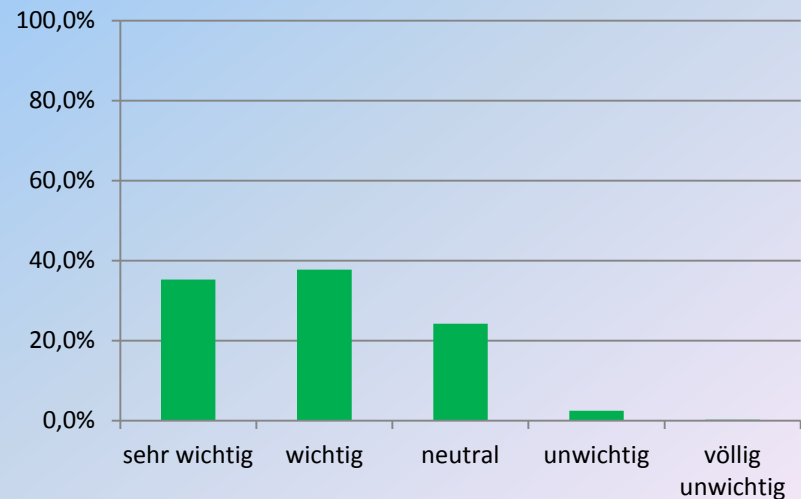
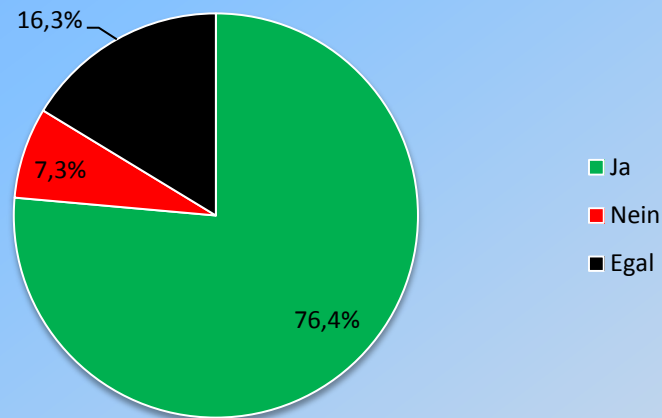
Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass beim Abschluss von Verträgen zwischen Firmen und Privatpersonen über das Internet die potentielle Missachtung des Datenschutzes klarer erkennbar wird. Dies soll geschehen durch die Einführung eines einfachen und anhand einheitlicher Kriterien bewertbaren Ampelfarbensystems in den Datenschutzrichtlinien.



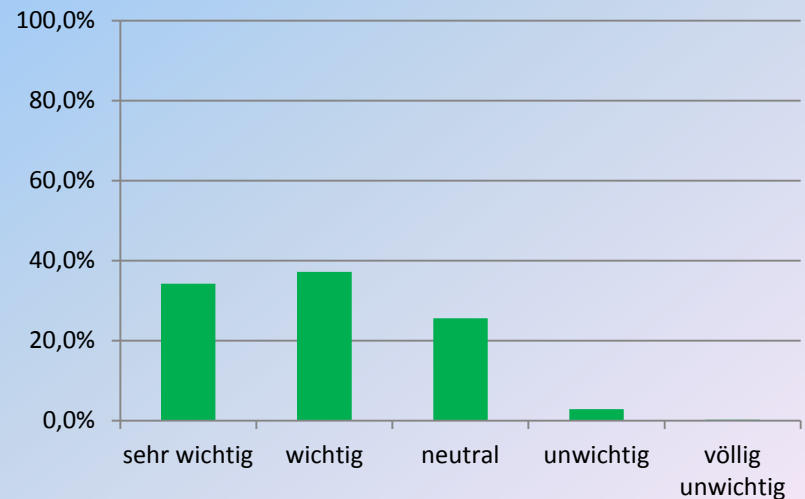
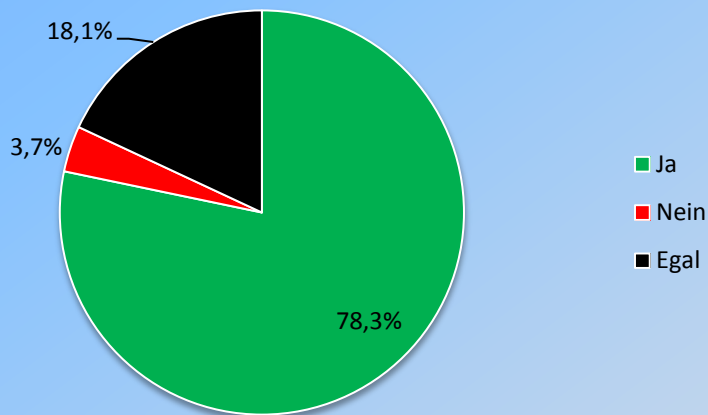
Quelloffene Software erhöht die Transparenz der Datenverarbeitung und damit die Datensicherheit. Zugleich reduziert sie die Abhängigkeit von internationalen Anbietern. Die AfD fordert, dass alle öffentlichen Behörden und Einrichtungen einen Plan zur Umstellung auf freie, quelloffene Software vorlegen.



Die Speicherung und Übertragung digitaler Daten von Bürgern und Unternehmen kann wirksam nur durch hochwertige Verschlüsselungstechniken geschützt werden. Die AfD fordert die Entwicklung und Anwendung praxistauglicher Verschlüsselungsprogramme in allen EU-Mitgliedsstaaten. Eine Etablierung kann durch die Einführung in öffentlichen Einrichtungen gefördert werden.



Die AfD setzt sich für eine gesetzliche Sicherstellung der Netzneutralität ein, da ein fairer Wettbewerb der Ideen nicht gewährleistet ist, wenn bestimmte Datenanbieter bevorzugt werden, anderen aber nur eingeschränkter Zugang zum Kunden gewährt wird.



Mitgliederbefragung - Auswertungslogik

Bei mehreren Optionen:

Frage 1 (welche Option wird favorisiert):

Die Stimmzahlen (%) der einzelnen Optionen (sowie für "keine" und "egal") werden in Bezug zur Gesamtteilnehmerzahl dargestellt. Die hier aufgeführten Werte sind unabhängig von der Angabe zur "Wichtigkeit" in Frage 2. Diese Werte zeigen, welche Option mehrheitlich gewählt wurde (Gewinnerthese/-option).

Def. von "keine": Meinen Standpunkt kann ich in keiner der Optionen wiederfinden

Def. von "egal": Egal = leer (keine Angabe) = Ich kann/will mich hier nicht festlegen

Frage 2 (Wichtigkeit):

Bei der Auswertung der Frage 2 werden nur die Wichtigkeitswerte (%) der "Gewinnerthese/Option" in Bezug zur Gesamtzahl der Teilnehmer, welche diese Option/These in Frage 1 gewählt haben, dargestellt. Es wurde zu Beginn der MGB darauf hingewiesen, dass man Thesen zu denen man keine Meinung hat oder für unwichtig hält auch überspringen kann.

Bei einer Option (JA/NEIN):

Frage 1 (Zustimmung/Ablehnung):

Die Stimmzahlen (%) für "Ja", "Nein" und "egal" werden in Bezug zur Gesamtteilnehmerzahl dargestellt. Die hier aufgeführten Werte sind unabhängig von der Angabe zur "Wichtigkeit" in Frage 2. Diese Werte zeigen, ob es eine mehrheitliche Zustimmung zur These von Seiten der Mitglieder gibt.

Frage 2 (Wichtigkeit):

Bei der Auswertung der Frage 2 werden nur die Wichtigkeitswerte (%) der "Ja" Antworten in Bezug zur Gesamtzahl der Teilnehmer, welche mit "Ja" in Frage 1 geantwortet haben, dargestellt.

Organisation und Durchführung der Mitgliederbefragung

Koordination GEK / Bundesvorstand

Christian Erdmenger

Initiator und Technische Umsetzung

Werner Meier

Koordination

Stephan Schmidt

Auswertung

Martin Bezler

Support

Thomas Orth